

Sehr verehrte Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste dieser Konferenz „Die kapitalistische Moderne herausfordern – alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch“

Ich bin nicht Hausherr dieser Universität aber seit knapp 40 Jahren ihr lehrendes und forschendes Mitglied. Ich begrüße Sie sehr herzlich in unseren Räumen zu einer Konferenz von höchster Aktualität. Es geht um die Krise des kapitalistischen Systems – ein altes Thema – es geht um die Suche nach alternativen Konzepten – auch das ein altes Thema – und es geht um den kurdischen Aufbruch – und das ist eine Aufgabe für Sie, die zwar auch nicht neu ist aber eine Antwort finden muss auf eine immer bedrohlicher werdende Situation. Denn für sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, spitzt sich die allgemeine ökonomische und politische Krise mit der Gewalt polizeilicher und militärischer Angriffe zu einer existentiellen Gefahr zu. Ihr zu begegnen fordert mehr als nur ökonomische Alternativen und politische Konzepte. Es fordert Mut, Klugheit und Geduld.

Das Jammern der Politiker, die Klagen der Banker und die Kassandrarufe der Milliardäre füllen seit Monaten alle Medien. Die Kosten der Krise sind nicht mehr so einfach auf die Allgemeinheit abzuwälzen, sondern greifen jetzt auch das eigene Portefeuille an. Zudem formiert sich Widerstand. Der ist zwar noch weitgehend unorganisiert und anarchisch wie die „occupy-Bewegung“ und mit polizeilichen Mitteln beherrschbar. Aber wenn selbst Profiteure aus der Mitte des Milieus wie der Spekulant George Soros auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos warnt, dass die Welt sich in der gefährlichsten Zeit der modernen Geschichte befinde, in einer Periode des „Bösen“, und Europa der Abstieg in Chaos und Konflikte ebenso bevorstehe wie den USA, die den schweren Unruhen in ihren Straßen nur mit brutalem Eingreifen der Sicherheitskräfte und schweren Einschnitten in die bürgerlichen Freiheitsrechte begegnen können -, dann scheint es um die Zukunft des Systems wirklich schlecht zu stehen.

Die Klientel von Davos und St. Moritz stört die dramatisch sich verschärfende Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt erst dann ernsthaft, wenn sie selbst durch Bankrott, Betrug, Aufstände und Gewalt in den Strudel des Untergangs gerissen werden. Dagegen sind die Ausdehnung des Hungers in der Welt, die steigende Anzahl sterbender Kinder und die Katastrophen des Klimawandels noch derart fern von ihren eigenen Palästen und Casinos, dass sie sie allenfalls

zu Konferenzthemen machen und unverbindliche Millenniums-Entwicklungsziele formulieren. Nach Angaben der FAO verhungern 37.000 Menschen jeden Tag. Fast eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt, obwohl die Landwirtschaft der ganzen Welt heute das Doppelte der Weltbevölkerung problemlos ernähren könnte. Die EU-Staaten und USA stellen nur ein Drittel der 180 Mio. Euro zur Verfügung, die für ein humanitäres Sofortprogramm notwendig wären. Mehrere tausend Milliarden Euro ihrer Steuergelder stecken sie hingegen in ihre Zocker-Banken. Nach Weltbankangaben vegetieren derzeit 1,2 Mrd. Menschen weltweit unter der Armutsgrenze von 1,25 US\$ pro Tag. Legt man den neueren Begriff der mehrdimensionalen Armut zugrunde, so ist es sogar ein Drittel der Weltbevölkerung, das unter dieser Grenze leben muss. Vier Jahre Krise haben über 200 Mio. Menschen weltweit den Arbeitsplatz gekostet.

Nicht der Zusammenbruch der Banken und der Crash an den Börsen sind der Skandal, sondern die Milliardenbeträge, die aus Steuergeldern zur Rettung dieser Banken-Maffia und ihres Casino-Systems zur Verfügung gestellt werden. Sie dienen nicht der Beseitigung des Hungers und der Armut, sondern der Rettung des finanzkapitalistischen Systems (daher der Begriff der systemrelevanten Banken), welches Hunger und Armut zu verantworten hat, ja davon lebt. Es ist auch nicht so, dass die politische Klasse vor der Macht der Finanzinstitutionen, ob Hedgefonds, Investmentfonds, Banken oder Internationaler Währungsform kapituliert hätte, wie es Anfang dieser Woche in der FAZ (D. Schümer, Europa schafft sich ab, v. 30. Januar 2012, S. 25) wieder einmal stand. Die politische Klasse, repräsentiert in den Regierungen und Parlamenten, gehört selbst zu diesem System, hat einen aktiven Beitrag dazu geleistet, dass es zu derart gewaltigen Dimensionen angewachsen ist, und sie profitiert von ihm. Deshalb kommen auch weder von ihr noch von den Höhen der Finanzwelt Ideen und Vorschläge, die den Ursachen der Katastrophe auf den Grund gehen, eine radikale Änderung des Systems verlangen. Eine Umfrage in Davos unter den dortigen wohlhabenden Kapitalismus-Kritikern hat ergeben, dass 40 % meinen, dass das kapitalistische System nicht mehr den Anforderungen des 21. Jahrhundert gewachsen sei. Nur 20 % waren mit ihm nach wie vor einverstanden und 20 % wussten nicht aus noch ein.

Alle Maßnahmen, die derzeit zur Überwindung der Krise ergriffen werden, haben nur ein Ziel, das vollkommen aus den Fugen geratene System zu reparieren und vor dem definitiven Untergang zu retten. Der Kreditschirm in astronomischer Höhe dient nur der Deckung der staatlichen Schulden an die Banken, die Schuldenbremse wird die Drosselung der staatlichen

Sozialausgaben nach sich ziehen und den Druck zur Privatisierung staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge erhöhen. Nichts wird zur Eindämmung der Macht der Banker, zur Beseitigung der Spekulation der Hedgefonds und zur Rückgewinnung der politischen Herrschaft über das Finanzkapital unternommen. Jeder Gedanke an ein Verbot der Spekulation oder die Enteignung der Banken wird als sozialistisches Gift empört zurückgewiesen.

Die Unterwerfung der Politik unter die Diktate der Finanzwelt ist eine langfristige und bewusste Entscheidung, die die Entdemokratisierung der gesellschaftlichen Entwicklung zwangsläufig nach sich gezogen hat. Denn die Welt der Ökonomie wird nach anderen, nicht demokratischen Regeln geordnet, auf die die Politik nur noch begrenzten Einfluss hat. Sie hat sich jedoch in eine verhängnisvolle Abhängigkeit begeben, sodass die Krise der Ökonomie auch zu einer Krise der Demokratie geworden ist. Nicht nur, dass im Innern der Gesellschaften immer mehr Freiheits- und Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt werden, und der Staat sich aus vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und sozialen Fürsorge zurückzieht. Zugleich rüstet er seinen Kontroll- und Überwachungsapparat kontinuierlich auf, um den aufkeimenden Widerstand und die erwarteten Unruhen sofort unterdrücken zu können. Schauen Sie in ihre Heimat Türkei, nach Deutschland oder Frankreich, Großbritannien und Italien. Überall zieht sich der Staat aus den sozialen Aufgaben zurück und widmet sich der Verstärkung seiner repressiven Instrumente.

In der Türkei hat dies ein extremes Maß an Gewalt gegenüber der eigenen Gesellschaft angenommen. Hier sind es nicht nur Polizei, Gerichte und Geheimdienste, sondern sogar das Militär, welches gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger eingesetzt wird. Die NATO, die sich seit Jahrzehnten auf ihren Verbündeten Türkei stützt, hat sich niemals um die Situation der Menschenrechte und die Unterdrückung der Kurden gekümmert. Sie hat ihre eigenen Kriege geführt – von Jugoslawien/Kosovo über Afghanistan bis Libyen – und gibt uns immer von neuem Anschauungsmaterial zu dem Satz: Wer über den Kapitalismus redet, darf über den Krieg nicht schweigen. Oder wie es der französische Sozialist Jean Jaures 1895 seinen Landsleuten vorgehalten hatte: „Eure gewalttätige und chaotische Gesellschaft trägt immer, selbst wenn sie den Frieden will, den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“. Weniger poetisch sprach Rosa Luxemburg keine zwanzig Jahre später vom Imperialismus als „politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem

Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“.

Sie, liebe Kurdische Freundinnen und Freunde, haben den Krieg im eigenen Staat. Ihnen werden nicht nur die selbstverständlichsten bürgerlichen und politischen Menschenrechte vorenthalten und das Recht auf Selbstbestimmung verweigert. Sie werden täglich angegriffen, Abdullah Öcalan, ihr politisches Gewissen, wird unter erbärmlichen Bedingungen gefangen gehalten, seit Jahrzehnten wird Ihnen eine normale Beteiligung am politischen Leben in der Türkei verwehrt, wer es dennoch wagt, steht mit einem Fuß im Gefängnis.

Diese entwürdigende Situation muss dringend beseitigt werden, ein Aufbruch aus diesem Chaos der Unterdrückung ist die zentrale Aufgabe nicht nur der kurdischen sondern der ganzen türkischen Gesellschaft. Ich weiß, Sie haben es seit Jahrzehnten versucht, mit allen Mitteln: mit Verhandlungen, Vorschlägen und Angeboten, mit der Gewalt der Guerilla und immer wiederholten Waffenstillstandsangeboten. Sie haben das ursprüngliche Ziel eines eigenen kurdischen Staates schon lange zurückgenommen und fordern – wie es jedem Volk zusteht – Selbstbestimmung in den Grenzen des türkischen Staates. Es gab Zeiten der Hoffnung, in denen die türkische Regierung zu einer politischen Lösung bereit schien. Doch in letzter Zeit hat sie sich zunehmend radikalisiert.

Es wird die Aufgabe dieser Konferenz sein, über Schritte zur Emanzipation aus dem Elend des Krieges und der Unterdrückung zu diskutieren. Kein Staat kann seine Existenz auf Dauer durch Gefängnisse, Panzer und Artillerie sichern. Gewalt zeugt nur Gegengewalt. Es geht immer wieder darum, friedliche Wege aufzufinden, Vorschläge zu machen, um einen politischen Dialog zu eröffnen, nicht aufhören zu kämpfen. Wir werden noch den Tag erleben, wo die Kurdinnen und Kurden in Frieden und Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Freiheit ohne Angst vor Dorfschützern, Polizei und Militär werden leben können.

Ich wünsche Ihnen für diese Konferenz zwei friedliche Tage der fruchtbaren Diskussion und viel Erfolg.